Die Taliban werden sich rächen

Lage in Afghanistan spitzt sich zu: „Hilfe für Ortskräfte“, FR-Politik vom 28. Mai

Deutschland ist zur Hilfe verpflichtet

Nachdem der Versuch, die Freiheit Deutschlands „am Hindukusch zu verteidigen“, nicht so recht geklappt hat und die deutschen „Freiheitsverteidiger“ nun dem Vorbild der USA folgen und das afghanische Volk wieder den Vorstellungen der Taliban von Freiheit unterfallen lassen, ist es die nicht nur moralische Pflicht der Bundesrepublik, ihren sogenannten Ortskräften, also den Menschen, die den Einsatz am Hindukusch überhaupt erst ermöglicht haben, unbürokratisch die Emigration nach Deutschland zu ermöglichen. Die Bedrohung der ehemaligen und der noch aktiv für die Bundeswehr tätigen Ortskräfte durch die Rache der Taliban ist nicht abstrakt, sondern äußerst konkret. Das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit gilt auch für sie.

Die Bundesrepublik ist deshalb, statt diese gefährdeten Personen und ihre Familien auf eine Registrierungsstelle zu verweisen, vielmehr verpflichtet, diesen Personenkreis aktiv zu kontaktieren und, wenn sie die Ausreise wünschen, rechtzeitig vor dem Abschluss des Abzugs der Bundeswehr nach Deutschland auszufliegen.

Auch die Begrenzung des derzeitigen Übersiedlungsangebots auf Personen, die in den letzten zwei Jahren für die Bundeswehr tätig geworden sind, ist absurd. Ein Staat, der regelmäßig einzelne oder kleine Gruppen von Geflüchteten in Charterflugzeugen in ihre Ursprungsländer, auch nach Afghanistan, abschiebt, wird diesen Weg auch in umgekehrter Richtung zur Rettung seiner Helferinnen und Helfer vor akuter Lebensgefahr wählen können. In Transportflugzeugen der Bundeswehr werden sicher auch noch Plätze frei sein. Hier ist Eile geboten!

Die Rettung der gefährdeten Personen darf nicht an einer zögerlichen Verteidigungsministerin und einem chronisch blockierenden Innenminister scheitern. Die zu befürchtende Ermordung vieler ehemaliger Helferinnen und Helfer darf nicht als „Kollateralschaden“ in die Geschichtsbücher eingehen!

Susanne Weßler-Hoth, Jens-Peter Hoth, Frankfurt

Bundesregierung lässt die Ortskräfte im Stich

Ich fasse es nicht! Nach vollmundigen Versprechungen folgt nichts als Schweigen. Die Bundesregierung lässt ihre Leute in Afghanistan, die 20 Jahre für und mit ihnen gearbeitet haben, im Stich. Wohlwissend, dass sie und ihre Familien extrem gefährdet sind. Großbritannien dagegen hat schon etwa der Hälfte seiner 3000 Mitarbeiter:innen plus Familienmitgliedern Papiere ausgestellt. Der CDU/CSU gehört dauerhaft das C entzogen.

Chris Sperber-Pretzl, Freigericht

Es fühlt sich alles irgendwie falsch an

Antisemitismus: „Kritik braucht Regeln“, „Hessen will den Hass überwinden“, FR-Meinung vom 18. und -Regional vom 21.5.

Solidarität mit Entrechteten wird diffamiert

Als Tochter eines Antifaschisten, der Zuchthaus und KZ überlebt hat, setze ich mich seit meiner Jugend gegen Rassismus und Antisemitismus ein. Es ist schockierend, wenn unsere jüdischen Mitbürger in unserem Land angefeindet oder angegriffen werden. Das darf nicht sein.

Durch meinen palästinensischen Ehemann habe ich das Heilige Land Israel/Palästina seit Jahrzehnten lieben gelernt. Ich fordere bei jeder Gelegenheit Solidarität mit den PalästinenserInnen ein, auch im Interesse der jüdischen Menschen in Israel. Mit Fassungslosigkeit frage ich mich, wieso alltägliche Menschenrechtsverletzungen, Rassismus und die Gewalt der israelischen Besatzung in der deutschen Öffentlichkeit nicht mal dann Teil der Debatte werden, wenn es zu schweren kriegerischen Handlungen kommt.

Die berechtigte Solidarität mit der unterdrückten palästinensischen Gesellschaft sollte nicht als antisemitisch diffamiert werden. Dies ist nicht nur undemokratisch, sondern auch kontraproduktiv. Sollten wir aus historischer Sicht nicht zu den Entrechteten stehen?

Sonja Ebel-Eisa, Frankfurt

Das Recht der Palästinenser auf einen freien Staat

Seit dem beiderseitigen Bombardement Israels und Palästinas werden in der Öffentlichkeit wieder die Begriffe „Staat Israel“ und „Judentum“ in einen Topf geworfen. Wenn man gegen die Politik Israels (auch wenn die Hamas mit dem Bombardement begonnen hat) ist, ist man automatisch Antisemit. Das zeigt auch Ihre Bildunterschrift auf Seite F2 vom 21.5.). Ich war mit einer Jüdin verheiratet und bin der jüdischen Religion und Kultur sehr nahestehend. Ich würde einem Juden bei Anfeindungen in der Öffentlichkeit jederzeit zur Seite stehen. Ich begrüße aber sehr das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser auf einen freien (!) eigenen Staat. Ich bin dann wohl ein Antisemit? Edgar Laudes, Kronberg

Nicht entschuldigen, aber verstehen

Wäre ich jung und lebte in Gaza, dächte ich etwa so: Zu verlieren habe ich nichts, Zukunft habe ich keine, Böllerei hab ich gerne, damit mal was los ist, und Raketen sind genug da. Mir doch egal, wo die herkommen. Wen sie treffen, weiß ich nicht. Morgen kann auch ich tot sein. Klar, drüben gibt es Menschen, die wahrscheinlich richtig nett sind, vielleicht sogar die meisten. Aber zu sagen haben die nicht viel gegen die da oben, die bestimmen. Wie bei uns. Was sie bestimmen, wie und warum – keine Ahnung, aber es fühlt sich falsch an. Merve Hölter, Frankfurt

Viel zu viel Aufwand? Nein!

Klimapolitik: „Viel zu viel Aufwand“, FR-Forum vom 25. Mai

Sehr geehrter Herr Kiefer, ich habe mich gefreut, dass Sie eine große PV-Anlage auf Ihrem Dach installiert haben, wie Sie in Ihrem Leserbrief geschrieben haben. Da werde ich direkt neidisch, da meine Anlage von 2001 nur 2,2 kWp beträgt und ich auch keinen Speicher besitze.

Widersprechen möchte ich Ihrem Urteil, es sei zu viel Aufwand, den überschüssigen Strom ins Netz einzuspeisen und die Einnahmen zu versteuern. Genau das mache ich seit 2001: Ich habe für 40 DM ein Kleingewerbe angemeldet, schreibe die Anlage über 20 Jahre ab, führe die Mehrwertsteuer ab und versteuere meinen Jahresgewinn. Ich habe keinen Steuerberater und bin stolz darauf, dass das Ganze nur eine halbe Stunde pro Jahr in Anspruch nimmt. Ich möchte Ihnen also dringend empfehlen, zum Schutz des Klimas Ihren wertvollen Stromüberschuss einzuspeisen, Ihre Anlage zu versteuern und einen neuen Leserbrief zu schreiben „Viel zu viel Aufwand? – Nein!“ Sie würden weitere Bürger*innen anregen, ebenfalls eine PV-Anlage zu installieren. Wir brauchen dringend mehr umweltfreundlich erzeugten Strom, den wir zur Entlastung der Netze dezentral einspeisen. Auch meine Anlage mit einer nicht optimalen Ost-Süd-Ost-Ausrichtung gehört dazu. In Deutschland haben wir viele Flächen, die wir nutzen können, und mit der Anmeldung eines Kleingewerbes ist dies auch für Bürger*innen finanziell attraktiver. Theodor Wahl-Aust, Düsseldorf

Diskussion: frblog.de/klimapolitik

BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210531

Was tun für Insekten? Bronski baut seinen Garten um. Kräuter, heimische Blühpflanzen, Insektenhotels, Totholz – lesen Sie hier: frblog.de/garten-x

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Frankfurter Planungsdezernenten Mike Josef (SPD) über das Thema „Frankfurt schrumpft: Wie geht es weiter?“ In der Reihe „Göpferts Gäste“ des Club Voltaire, Einwahldaten für den Videostream unter club-voltaire.de/veranstaltungen
Donnerstag, 10. Juni, 19 Uhr

Pitt von Bebenburg und **Hanning Voigts** moderieren das FR-Stadtgespräch „Ein Jahr nach Hanau – Kampf dem rassistischen Terror“ mit Armin Kurtovic (Vater des getöteten Hamza Kurtovic), Nancy Faeser (SPD), Omid Nouripour (Grüne) und Newroz Duman (Initiative 19. Februar Hanau). Die Zahl der Gäste ist begrenzt. Registrieren Sie sich auf fr.de/anmeldung mit dem Stichwort „Hanau“. Negativer Corona-Test oder vollständiger Impfnachweis ist vorgeschrieben. Die Veranstaltung wird live übertragen auf fr.de/eventvideo
Dienstag, 29. Juni, 19 Uhr
Haus am Dom, Domstr. 3, Frankfurt

Minsk testet Reaktionen

Belarus: „Sanktionen sind zu wenig“, FR-Meinung vom 31. Mai

Ich glaube, es wird Zeit, den kriminellen Block Minsk-Moskau einmal genauer zu untersuchen! Als Alt-Linkem fällt es mir schwer, diese Mail zu schreiben, sie ist aber notwendig!

Mein technisches Verständnis lässt mich stark vermuten, dass die Flugzeugpiraterie in Minsk ohne Mitwirkung eines funktionierenden Geheimdienstes nicht möglich gewesen wäre. Politisch macht die Aktion in Minsk Sinn, man probiert halt mal, wie die EU und andere Staaten reagieren. Man schaut scheinbar unbeteiligt und „überrascht“ zu. Für mich hat die Verfahrensweise eine Ähnlichkeit zu den „Versuchsrepubliken“ im Donbas.

Dann schreckt mich auf, dass sogenannten Influencern gegen Bezahlung negative „Gutachten“ zu Biontech-Pfizer-Präparaten von einer britischen Agentur angeboten wurden, deren Kontakte nach Moskau reichen! Diese gefälschten Gutachten wurden auch international angeboten und zum Teil (Indien) bereits veröffentlicht.

Es wird Zeit, über einen existierenden politisch-kriminellen Komplex zu berichten! Wenn ich wie ein Querdenker veranlagt wäre, würde ich vermuten, dass diese Idioten, die in München und bei Berlin gezündelt haben, auch Geld bekommen haben. Ich meine den Brandanschlag im Münchener Osten, der angeblich gegen Rohde&Schwarz („militärischer Komplex“ stimmt schon lange nicht mehr, 95 Prozent Mobilfunk!) gerichtet war und der Anschlag auf die Baustelle von Tesla. Carsten Dietrich Brink, Gauting

Diskussion: frblog.de/belarus

SORRY

Auf dem Thema des Tages zu Belarus (27.5., S.2/3) hatten wir im Hintergrund über die belorussischen Oppositionsflagge – Weiß-Rot-Weiß – geschrieben, das Kollaborationsregime 1943/44 habe sie als seine „Nationalfahne“ benutzt. Diese Fahne stand aber schon 1918/19 für das erste unabhängige Belarus und wurde nach der Loslösung aus der Sowjetunion wieder Nationalfahne. Bis Diktator Lukaschenko sie 1995 durch eine ersetzte, die der Sowjetrepublik Belarus ähnelt.
Im Artikel „Kein Asyl in Deutschland“ (31.5., S.5) schrieben wir, der Journalist Mratt Kyaw Thu sei aus Myanmar zunächst nach Spanien, dann nach Deutschland geflohen, um dem Gefängnis zu entgehen. Richtig ist: Er floh nach Europa mit einem Visum für Spanien nach Europa, das er von einer Botschaft in Asien erhalten hatte. Sein Flug war nach Madrid geplant, er stieg jedoch in Frankfurt im Transit aus und beantragte Asyl.
In unserer Infobox „EU-Finanzen“ vom 1.6. (S.5) haben wir uns mit den Jahren vertan: Der neue „Mehrjährige Finanzrahmen“, um den es geht, läuft natürlich nicht bis 2021, sondern ab 2021 bis 2027.